A-11-001 Anerkennung des Staates Palästina

Antragsteller*in: Volker Beck (KV Köln)

Titel

Ändern in:
An der Zweistaatenlösung aktiv arbeiten - die Alternative zu populistischen Aktionen

Änderungsantrag zu A-11

Von Zeile 1 bis 2:
Bündnis[Leerzeichen]90/Die Grünen ~~fordern~~unterstützen eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung („Zwei Staaten für zwei Völker“), an deren Ende auch die ~~Bundesregierung auf, den~~ Anerkennung eines palästinensischen Staates im Gazastreifen und in der Westbank steht. Dies entspricht der Linie der bisherigen deutschen Außenpolitik.

Ein Staat zeichnet sich durch drei Elemente aus:
• Staatsgebiet: Ein abgegrenztes Territorium, auf dem der Staat seine Herrschaft ausübt.
• Staatsvolk: Die auf diesem Gebiet dauerhaft ansässige Bevölkerung.
• Staatsgewalt: Eine effektive, ursprüngliche Herrschaftsgewalt, die unabhängig und dauerhaft über das Staatsvolk und das Staatsgebiet ausgeübt wird.
An allen drei Elementen fehlt es gegenwärtig in den palästinensischen Entitäten. Es gibt weder eine politisch legitimierte Führung noch eine anerkannte politische Ordnung. Stattdessen bestehen zwei Regime: das Schreckensregime der Hamas im Gazastreifen und die Herrschaft der Palästinensischen Autonomiebehörde in den Area-A- und Area-B-Gebieten. Beide Regime sind seit Langem nicht politisch legitimiert, da keine freien Wahlen stattgefunden haben.
Die Anerkennung eines „Nichtstaats“ Palästina ~~anzuerkennen~~als Staat lässt keinen palästinensischen Staat entstehen. Im Gegenteil: Sie macht einen erfolgreichen politischen Prozess zur Zwei-Staaten-Lösung unwahrscheinlicher. Die Anerkennungsakte von Frankreich, Kanada, Großbritannien und Australien haben Regierung und Opposition Israels politisch gegen diesen Prozess vereint und damit eine Öffnung für einen politischen Prozess unwahrscheinlich gemacht.
Wer in der Sache vorankommen will, muss aktiv darauf hinwirken,
dass die Hamas, der Islamische Dschihad und alle anderen Terrorgruppen aktiv und vollständig entwaffnet werden,
dass eine säkulare, demokratisch legitimierte Verwaltung in den palästinensischen Gebieten etabliert wird,
dass freie und gleiche Wahlen abgehalten werden, die zu klaren Mehrheiten
• für eine säkulare, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung in den palästinensischen Gebieten führen,
• die Existenz Israels als jüdischen und demokratischen Staat anerkennen und
• eine verbindliche Vereinbarung der Grenzen zwischen einem israelischen und einem palästinensischen Staat ermöglichen.

Begründung

Die Logik deutscher Außenpolitik zur Anerkennung Palästinas beruht auf dem Grundsatz, dass die Anerkennung eines palästinensischen Staates nicht am Anfang, sondern als Ergebnis eines

Friedensprozesses stehen soll. Deutschland sieht die Anerkennung als „abschließenden Schritt“ einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung und besteht darauf, dass sie erst nach klaren Abmachungen zwischen Israel und den Palästinensern erfolgen kann. Daran halten wir fest.

weitere Antragsteller*innen

Hermann Kuhn (KV Bremen-Mitte); Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Lisa Badum (KV Forchheim); Anetta Kahane (KV Berlin-Mitte); Daniel de Olano (KV Bremen-Mitte); Dario Planert (KV Berlin-Neukölln); Marcel Rohrlack (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Florian Döllner (KV München); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Helga Trüpel (KV Bremen-Mitte); Christian Haas (KV Regensburg-Stadt); Karsten Ludwig (KV Krefeld); Mona Fuchs (KV München); Peter Mordechai Zamory (KV Hamburg-Altona); Severin Kistner (KV Starnberg); Liam Harrold (KV Hannover); Alexander Manolopoulos (KV Berlin-Mitte); Ursula Harper (KV München); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.